



Grégoire
Chamayou

Suhrkamp

Die
un-
regierbare
Gesellschaft

Eine Genealogie des
autoritären Liberalismus

Grégoire Chamayou

Die unregierbare Gesellschaft

Eine Genealogie
des autoritären Liberalismus

Aus dem Französischen von Michael Halfbrodt

Suhrkamp

Die Originalausgabe erschien 2018 unter dem Titel *La société ingouvernable. Une généalogie du libéralisme autoritaire* © La Fabrique éditions.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Erste Auflage 2019

© dieser Ausgabe Suhrkamp Verlag Berlin 2019

Alle Rechte vorbehalten, insbesondere das des öffentlichen Vortrags sowie
der Übertragung durch Rundfunk und Fernsehen, auch einzelner Teile.

Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotografie,
Mikrofilm oder andere Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung
des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme
verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Satz: Greiner & Reichel, Köln

Druck: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-58738-6

Inhalt

Einleitung	7
-------------------------	---

Teil I

Die aufsässigen Arbeiter

Kapitel 1: Disziplinlosigkeiten der Arbeiter	19
Kapitel 2: Das Humankapital	26
Kapitel 3: Soziale Unsicherheit	33
Kapitel 4: Krieg den Gewerkschaften	42

Teil II

Managerrevolution

Kapitel 5: Eine theologische Krise	55
Kapitel 6: Ethischer Managerialismus	62
Kapitel 7: Die Manager disziplinieren	75
Kapitel 8: Katallarchie	87

Teil III

Angriff auf das freie Unternehmertum

Kapitel 9: Belagerung der Privatregierung	97
Kapitel 10: Die Ideenschlacht	107
Kapitel 11: Wie reagieren?	117
Kapitel 12: Das Unternehmen existiert nicht	127
Kapitel 13: Polizeitheorien der Firma	142

Teil IV

Eine Welt voller Widersacher

Kapitel 14: Gegenaktivismus des Unternehmens	157
--	-----

Kapitel 15: Die Produktion der herrschenden Dialogie . .	166
Kapitel 16: Problemmanagement	174
Kapitel 17: Stakeholder	182

Teil V

Neue Regulierungen

Kapitel 18: Soft Law	203
Kapitel 19: Kosten/Nutzen	215
Kapitel 20: Kritik der politischen Ökologie	232
Kapitel 21: Verantwortlich machen	251

Teil VI

Der unregierbare Staat

Kapitel 22: Regierbarkeitskrise der Demokratien	267
Kapitel 23: Hayek in Chile	280
Kapitel 24: An den Quellen des autoritären Liberalismus	294
Kapitel 25: Die Politik entthronen	307
Kapitel 26: Mikropolitik der Privatisierung	325

Schluss	345
--------------------------	-----

Anmerkungen	351
------------------------------	-----

Bibliographie	454
--------------------------------	-----

Namenregister	492
--------------------------------	-----

Einleitung

»Regierbar (*gouvernable*), Adjektiv (Neologismus): was regiert werden kann. Bsp.: *Dieses Volk ist nicht regierbar.*«
Complément au Dictionnaire de l'Académie française (1839)¹

Solche Zeiten sind bekannt. Die Zeichen trügen nicht. Dergleichen hat man bereits am Vorabend der Reformation oder der russischen Oktoberrevolution beobachten können, versichert der kalifornische Ingenieur und »Futurologe« Willis W. Harman, für den alle Indikatoren auf das Bevorstehen eines schweren Erdbebens hindeuten, darunter die Zunahme von »Geisteskrankheiten, Gewaltverbrechen, Phänomenen sozialer Spaltung; der häufigere Rückgriff auf die Polizei, um Verhaltensweisen zu kontrollieren, die wachsende Akzeptanz hedonistischer (vor allem sexueller) Verhaltensweisen [...], der Anstieg von Zukunftsängsten [...], der Vertrauensverlust in die Institutionen, ob Regierung oder Unternehmen, das Gefühl, dass die Antworten der Vergangenheit nicht mehr taugen.«² Kurzum, die »Legitimität der Gesellschaftsordnung in den Industriestaaten selbst« stünde zur Disposition, warnte er 1975.

Und tatsächlich wurde überall aufbegehrt. Kein Herrschaftsverhältnis blieb verschont: Verweigerung der Geschlechterhierarchie, der Kolonialordnung, der Rassen-, Klassen- und Arbeitsbeziehungen, Renitenz in den Familien, den Universitäten, Armeen, Betrieben, Büros und auf der Straße. Nach Auffassung Michel Foucaults wurde man Zeuge der »Entstehung einer Regierungskrise«, in dem Sinne, dass »sämtliche Prozeduren, mit denen die Menschen einander führen, [...] in Frage gestellt

worden« sind.³ Was sich zu Beginn der 1970er Jahre ereignete, war, nach späterer Ergänzung, eine »Krise der Regierbarkeit, die der Wirtschaftskrise vorausging«,⁴ eine »Krise der Regierbarkeit« auf der Ebene der Gesellschaften wie auf der der Unternehmen,⁵ eine »Krise der disziplinarischen Regierbarkeit«,⁶ die große Veränderungen der Machttechnologien ankündigte.

Bevor sie allerdings von der kritischen Theorie aufgegriffen wurde, war diese Idee bereits von konservativen Intellektuellen formuliert worden. Sie entsprach ihrer Art, die laufenden Ereignisse zu interpretieren, die Situation zu problematisieren. Die Demokratie, so Samuel Huntington in einem berühmten Bericht der Trilateralen Kommission, auf den noch detailliert einzugehen sein wird, unterläge einem »Problem der Regierbarkeit«: Ein Aufbegehren der Massen untergrabe überall die Autorität und überfordere den Staat mit seinen endlosen Forderungen.

Die Worte »gouvernabilité«, »governability« und »Regierbarkeit« waren nicht neu. Man gebrauchte sie teilweise bereits im 19. Jahrhundert, um zum Beispiel die »Steuerbarkeit« eines Schiffes zu bezeichnen oder die »Stabilität und Lenkbarkeit« eines Luftschiffs, aber auch die Lenkbarkeit eines Pferdes, eines Menschen oder eines Volkes. Der Begriff steht somit für eine immanente Eigenschaft des zu lenkenden Objekts, seine Bereitschaft, sich leiten zu lassen, die Fügsamkeit oder Formbarkeit der Regierten. Unregierbarkeit bezeichnet demnach umgekehrt eine Tendenz zur Widerspenstigkeit, einen Geist der Insubordination, eine Weigerung, regiert zu werden, zumindest »nicht so und nicht dafür und nicht von denen da«.⁷ Allerdings ist dies nur eine Facette des Begriffs, nur eine der Dimensionen des Problems.

Denn Regierbarkeit ist ein *komplexes Vermögen*, das zwar auf Seiten des Objekts eine *Bereitschaft* voraussetzt, sich regieren zu lassen, aber auch auf der anderen, der Seite des Subjekts, eine *Fähigkeit* zu regieren. Meuterei ist nur eine Möglichkeit. Eine

Situation der Unregierbarkeit kann auch aus einer Störung oder einem Versagen des Regierungsapparats entstehen, obwohl die Regierten sich als fügsam erweisen. Eine Lähmung der Institutionen kann zum Beispiel aus etwas anderem resultieren als einer Bewegung zivilen Ungehorsams.

Grob gesagt kann eine Krise der Regierbarkeit zwei große Polaritäten haben, unten, bei den Regierten, oder oben, bei den Regierenden, und zwei große Modalitäten, Revolte oder Versagen: Rebellische Regierte oder ohnmächtige Regierende – beide Aspekte können sich natürlich kombinieren. »Erst dann«, führte Lenin aus, »wenn die ›Unterschichten‹ das Alte nicht mehr wollen und die ›Oberschichten‹ in der alten Weise nicht mehr können«, sei eine »Regierungskrise« geeignet, in eine revolutionäre Krise umzuschlagen.⁸

Die konservativen Theorien zur Krise der Regierbarkeit aus den 1970er Jahren stellten ebenfalls eine Beziehung zwischen diesen beiden Aspekten her. Zwar glaubten die Autoren nicht, am Rande einer Revolution zu stehen, machten sich aber dennoch Sorgen über eine politische Dynamik, die ihnen verhängnisvoll erschien. Das Problem war nicht nur, dass die Leute aufbegehren oder die Regierungsapparate überfordert seien, sondern dass diese Defekte und diese Revolten sich gegenseitig überlagerten und auf diese Weise zu einer gefährlichen Belastung des Systems würden.

Foucault kannte den Bericht der Trilateralen Kommission über die »Regierbarkeit der Demokratien« und erwähnte ihn zur Illustration dessen, was er persönlich lieber als eine »Krise der Gouvernamentalität«⁹ bezeichnete: keine bloßen »Aufstände des Verhaltens«,¹⁰ sondern eine Blockade des »allgemeinen Dispositivs der Gouvernamentalität«,¹¹ und dies aus endogenen Gründen, die nicht auf die Wirtschaftskrisen des Kapitalismus reduzierbar, wenngleich mit diesen verbunden waren. Was seiner Meinung nach ins Stocken geriet, war die »liberale Regierungskunst«,¹² worunter man nicht – denn das wäre ein Ana-

chronismus – den herrschenden Neoliberalismus verstehen darf, sondern vielmehr das, was man inzwischen als »eingebetteten Liberalismus« bezeichnet, eine Art wackliger Kompromiss zwischen Marktwirtschaft und keynesianischem Interventionismus. Aufgrund seiner Untersuchung ähnlicher Krisen in der Geschichte gelangte Foucault zu der Prognose, dass aus dieser Blockade etwas Neues entstehen würde, angefangen mit einer grundlegenden Neuordnung der Regierungskunst.

Ist die Gesellschaft unregierbar, dann doch keineswegs *per se*, sondern, um eine Formulierung des saint-simonistischen Ingenieurs Michel Chevalier aufzugreifen, »unregierbar in der Art, wie man sie heute regieren möchte«. ¹³ Das ist ein klassisches Thema dieser Art von Diskurs: Es gibt keine absolute, sondern nur eine relative Unregierbarkeit. Und genau auf diesem Unterschied beruhen die Daseinsberechtigung, der eigentliche Gegenstand und die wesentliche Herausforderung jeglicher Regierungskunst.

In diesem Buch untersuche ich diese Krise in der Form, wie sie in den 1970er Jahren von denen wahrgenommen und theoretisch konzipiert wurde, die sich bemühten, die Interessen der »Wirtschaft« zu verteidigen. Im Gegensatz zu einer »Geschichte von unten« handelt es sich hier also um eine »Geschichte von oben«, geschrieben aus der Sicht der herrschenden Klassen, und zwar vorrangig der Vereinigten Staaten, die zu dieser Zeit das Epizentrum einer umfassenden geistig-politischen Mobilmachung waren.

Nach der Beschreibung von Karl Polanyi reagierte die Gesellschaft auf die Expansion des »freien Marktes« mit ihren zerstörerischen Auswirkungen historisch gesehen mit einer umfassenden Gegenbewegung zum Schutz ihrer selbst – eine »zweite Bewegung«, die, so seine warnenden Worte, »letztlich mit der Selbstregulierung des Marktes und damit dem Marktsystem selbst unvereinbar« war. ¹⁴ Zu einer derartigen Schlussfolgerung gelangten auch die organischen Intellektuellen der Wirtschafts-

welt in den 1970er Jahren: Das gehe alles zu weit, und wenn die aktuellen Trends anhielten, würden sie zur Zerstörung der »freien Marktwirtschaft« führen. Was in diesem Jahrzehnt begann, war eine *dritte Bewegung*, eine große Reaktion, in deren Bann wir immer noch stehen.

Ich will die Bildung dieser Gegenbewegung hier aus philosophischer Sicht betrachten, indem ich eine Genealogie ihrer zentralen Konzepte und Problemstellungen entwerfe, anstatt auf empirische Weise ihre institutionelle, soziale, ökonomische oder politische Geschichte zu schreiben. Die Einheit meines Gegenstandes beruht gleichwohl nicht auf einer Doktrin (dies ist keine neue Ideengeschichte des Neoliberalismus), sondern auf einer Situation: Ich werde bei erkennbar gewordenen Spannungen, real ausgebrochenen Konflikten ansetzen, um zu untersuchen, wie sie thematisiert, welche Lösungen ins Auge gefasst wurden. Ich versuche, ein Denken im Prozess seines Entstehens zu erfassen, seine Anstrengungen, die Intentionen, die ihm zugrunde lagen, aber auch die Unstimmigkeiten, Widersprüche und Aporien, denen es begegnete.

Die Herausforderung dieser konzeptuellen Arbeit, die seinerzeit begann, bestand nicht nur darin, neue Legitimationsdiskurse für einen umstrittenen Kapitalismus zu produzieren, sondern ebenso sehr darin, Theorieprogramme und Praxisideen zu formulieren, die darauf abzielten, die Ordnung der Dinge umzugestalten. Diese neuen Regierungstechniken, deren Entstehung ich hier nachzeichnen möchte, sind heute immer noch wirksam. Worauf es bei dieser Analyse ankommt, ist also ein besseres Verständnis unserer Gegenwart.

Diese dritte Bewegung ist beileibe nicht auf ihre neoliberale Variante in einem doktrinären Sinne reduzierbar. Viele der Verfahren und Mechanismen, die für das heutige Regieren maßgeblich geworden sind, standen nicht in den Texten der Gründerväter des Neoliberalismus, sofern sie nicht im diametralen Gegensatz zu deren Thesen eingeführt und vertreten wurden.

Unser Zeitalter ist zwar ein neoliberales, aber dieser Neoliberalismus ist ein hybrides Produkt, ein eklektisches, in vielen Aspekten widersprüchliches Ganzes, dessen eigentümliche Synthesen nur aus der Geschichte der Konflikte erklärbar sind, die ihre Entstehung prägten.

Diese Krise der Regierbarkeit hatte zahlreiche Facetten – ebenso viele, wie es Machtbeziehungen gibt. Ihnen entsprochen, auf jedem Gebiet, spezifische »Gegenreaktionen«. Ich konzentriere mich hier auf die Krise, die das Unternehmen, in seiner Eigenschaft als *Privatregierung*, betraf.

Diese Wahl des Gegenstandes ist, abgesehen von den nach wie vor aktuellen Problemen, die im Laufe der Kapitel auftauchen werden, durch ein spezifischeres Anliegen begründet. Einerseits ist das Großunternehmen eine der dominierenden Institutionen der heutigen Welt, andererseits ist die Philosophie immer noch schlecht gerüstet, wenn es darum geht, es gedanklich zu erfassen. Zu ihrem überlieferten Traditionsbestand gehören vor allem Theorien der Staatsmacht und der Souveränität, die auf das 17. Jahrhundert zurückgehen. Sie verfügt seit langem über Abhandlungen zu den politisch-theologischen Organen – aber über nichts Vergleichbares zu den sozusagen »politisch-körperschaftlichen« Organen.

Und wenn sie sich dann endlich dem Thema zuwendet und es zum Beispiel, verspätet, in ihre Lehre aufnimmt, geschieht das häufig auf die schlimmste Weise, nämlich indem sie einen an Business Schools produzierten dürftigen Diskurs über Geschäftsethik und unternehmerische Sozialverantwortung wiederkaut. Die Philosophie, nicht mehr als Dienerin der Theologie, sondern des Managements.

Es ist höchste Zeit, stattdessen eine kritische Unternehmensphilosophie zu entwickeln. Dieses Buch ist nur eine Vorarbeit in diese Richtung, eine historisch-philosophische Studie zu einigen der Zentralkategorien des herrschenden ökonomischen und unternehmerischen Denkens, die heute florieren, ohne dass

noch bekannt wäre, welche Konflikte und Absichten für ihre Entstehung ausschlaggebend waren und nach wie vor ihre Bedeutung prägen.

Dieses Buch folgt den verschiedenen Achsen, die in ihrer Überschneidung jene Regierbarkeitskrise des Unternehmens konstituierten, wie sie seinerzeit thematisiert wurde. Für die Apologeten der Wirtschaftswelt verkörperte jede von ihnen eine neue Herausforderung, eine neue Front, an der es tätig zu werden galt.

1. Ein Unternehmen ist ein Gebilde, das zunächst einmal Arbeiter regiert. Zu Beginn der 1970er Jahre sah sich das Management mit massiven Disziplinlosigkeiten seitens der Arbeiterschaft konfrontiert. Wie sollte man darauf reagieren? Wie die verloren gegangene Disziplin wiederherstellen? Wenn die alten Methoden überholt waren, wie konnte dann eine neue Kunst, die Arbeit zu regieren, aussehen? Verschiedene Strategien wurden erwogen und debattiert. (Teil I)
2. Wenn man die vertikale Hierarchieachse weiter nach oben geht, tritt eine zweite Krise in Erscheinung, dieses Mal im Verhältnis zwischen Aktionären und Betriebsleitern. Angesichts dessen, dass die Manager, die in Aktiengesellschaften zu bloßen Sachwaltern fremder Angelegenheiten geworden sind, möglicherweise nicht mehr das gleiche Interesse wie die einstigen Eigentümer-Unternehmer an der Maximierung der Profite haben, machten sich manche Sorgen über einen mangelnden Eifer ihrerseits, ja schlimmer noch, über eine »Managerrevolution«. Wie konnten die Manager diszipliniert werden? Wie sollte man sie auf den Shareholder-Value verpflichten? (Teil II)
3. Gleichzeitig tauchten links und rechts, im sozialen und politischen Umfeld der Firmen, ganz neue Gefahren auf. Auf Grundlage einer wachsenden kulturellen und politischen Ablehnung des Kapitalismus griffen neue Bewegungen die Konzernleitungen direkt an. Wie sollte man auf das reagieren, was

als »Angriff auf die freie Marktwirtschaft« wahrgenommen wurde? Über die richtige Strategie wurde heftig gestritten. (Teil III)

4. Als diese »Angriffe« sich ausweiteten und eine internationale Dimension annahmen, insbesondere mit den ersten großen Boykottaktionen gegen multinationale Konzerne, wandten sich die Firmen neuen Beratern zu. Wie sollte man nicht nur mit den eigenen Beschäftigten fertig werden, sondern obendrein mit unternehmensfremden Kritikern und über sie hinaus mit einem derart unruhig gewordenen »sozialen Umfeld«? Neue Ansätze und Konzepte wurden ersonnen. (Teil IV)
5. Vor allem auf Initiative der entstehenden Ökobewegung wurden neue Sozialauflagen und Umweltvorschriften eingeführt. Zum seitlichen Druck durch die sozialen Bewegungen kam also ein vertikaler Druck durch neue Formen staatlicher Intervention hinzu. Wie ließen sich solche Regulierungsvorhaben vereiteln? Und was hatte man ihnen entgegenzusetzen, in der Theorie wie in der Praxis? (Teil V)
6. Worauf war, grundsätzlicher gefragt, dieses doppelte Phänomen allgemeiner Systemkritik und zunehmender Staatsintervention zurückzuführen? Auf die Mängel einer Wohlfahrtsdemokratie, die, wie behauptet wurde, keineswegs für Konsens sorgt, sondern sich vielmehr ihr eigenes Grab schaufelt. In den Augen der Neokonservativen wie der Neoliberalen stand der Staat selbst im Begriff, unregierbar zu werden. Daher die Fragen: Wie sollte man die Politik entthronen? Wie die Demokratie beschränken? (Teil VI)

Im Rahmen dieser Studie trage ich heterogenes Material aus verschiedenen Disziplinen zusammen und nehme mir heraus, »vornehme« mit »vulgären« Quellen zu mischen, wenn sie das gleiche Thema behandeln – ein Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften kann so neben einem Spezialisten für »Union busting« stehen. Diese Texte haben gemein, dass es

sich bei ihnen um Kampfschriften handelt, die alle auf die eine oder andere Weise die Frage nach dem »Was tun?« beantworten. Es sind Texte, in denen Methoden, Techniken und Taktiken vorgetragen werden, entweder auf sehr konkrete Weise, zum Beispiel in Praxisleitfäden oder Managementhandbüchern, oder eher programmatisch, durch Überlegungen zu diskursiven Strategien oder allgemeinen Praktiken. Dieser Korpus besteht überwiegend aus englischsprachigen Quellen: Was das Managementdenken und die Wirtschaftstheorien der Unternehmen angeht, waren die Vereinigten Staaten die Schmiede neuer Konzepte, die sich rasch über die Welt verbreiteten.

Ich nehme mich beim Schreiben oft zurück, um durch Auswahl und Montage von Zitaten einen strukturierten Text entstehen zu lassen, dessen einzelne Fragmente ihre Aussagekraft zumeist weniger durch ihre Zuschreibung zu einem bestimmten Autor erhalten als durch ihren Status als charakteristische Äußerungen der verschiedenen Positionen, die ich zum Sprechen bringen möchte.

Teil I

Die aufsässigen Arbeiter

Kapitel 1: Disziplinlosigkeiten der Arbeiter

»Dreizehn kleine Buchsen in dreizehn kleine Löcher stecken, sechzig Mal pro Stunde, acht Stunden pro Tag. 67 Blechteile pro Stunde schweißen und dann steht man eines Tages vor einer neuen Maschine, die 110 verlangt. Arbeiten, inmitten von Lärm [...] in einem Nebel aus Öl, Lösungsmitteln und Metallstaub. [...] Ohne Widerrede gehorchen, Strafen klaglos akzeptieren.«¹

André Gorz

»Tommy übergibt den Joint an Yanagan, der den Rauch tief inhaliert, bevor er ihn an mich weiterreicht. [...] Der Rauch, der meine Lungen füllt, lässt mein Herz schneller schlagen. Und bald schon erscheinen mir die sprühenden Funken, der glühende Stahl, die lodernenden, rumorenden Öfen über unseren Köpfen als Frivolitäten einer Karnevalsnacht.«²

Bennett Kremen

»Die junge Generation, die bereits die Universitäten erschüttert hat«, mahnte im Juni 1970 die *New York Times*, »offenbart auch Zeichen von Unruhe in den Fabriken des industriellen Amerika. Viele junge Arbeiter fordern sofortige Änderungen ihrer Arbeitsbedingungen und verweigern die Fabrikdisziplin.«³ »Die Arbeitsdisziplin ist zusammengebrochen«, konstatierte im selben Jahr ein interner Bericht von General Motors.⁴

Wenn Disziplin bedeutet, »die Körper der anderen in seine Gewalt [zu] bringen«,⁵ dann äußert sich Disziplinlosigkeit umgekehrt in einem unwiderstehlichen Drang, sich aus diesem Zu-